

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Schneeschaufeln war bei uns in den letzten zwei Tagen wohl oder übel eine Hauptbeschäftigung...

Rund um die Uhr standen im ganzen Land Räumungsfahrzeuge im Einsatz und ermöglichten damit einen reibungslosen Verkehrsablauf. (Bilder: Eddy Risch)

AKTUELL

Ermittlungen gegen Kohl

Das erste Ermittlungsverfahren gegen einen amtierenden Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik ist angelauten. Die Koblenzer Staatsanwaltschaft gab am Montag offiziell den Beginn des Verfahrens gegen Helmut Kohl wegen des Verdachts der unethischen Falschaussage bekannt. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauss sprang dem Kanzler am gleichen Tag bei und übte heftige Kritik an «einigen Staatsanwaltschaften». Schliesslich sei die Koblenzer Behörde nicht von sich tätig geworden, sondern erst nach einer Anzeige des Grünen-Bundestagsabgeordneten Otto Schily.

Antiterrorkonvention

Für die Republik Irland hat Justizminister Alan Dukes am Montag am Sitz des 21 Staaten umfassenden Europarates in Strassburg die 1978 verabschiedete Antiterrorkonvention unterzeichnet. Irland ist der 20. Unterzeichnerstaat. Die Republik hat damit wie Italien, Griechenland und Frankreich den Vertrag grundsätzlich akzeptiert, ohne ihm ganz beizutreten. Die Konventionsstaaten, die allesamt auch auf die Europäische Menschenrechtskonvention verpflichtet sind, haben in der Antiterrorkonvention vereinbart, den Tätern gemeingefährlicher Mord- beziehungsweise Sprengstoffanschläge kein politisches Asyl zu gewähren, sondern sie entweder an den Staat auszuliefern, in dem die Tat begangen wurde, oder sie im Fluchtland vor Gericht zu bringen.

In Kraft ist die Antiterrorkonvention zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Island, Liechtenstein, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei und Grossbritannien. Als einziger Europaratsstaat hat Malta weder ratifiziert noch unterzeichnet.

Zwei Schiffe zerstört

Die irakische Kriegsmarine hat nach Angaben eines Militärsprechers in Bagdad vom Montag «zwei grosse Schiffe» in der Nähe des iranischen Ölterminals auf der Insel Kharg «zerstört». Die irakische Kriegsmarine habe einen «Überraschungsangriff» auf die Schiffe im nördlichen Golfgebiet geführt.

Schneefall in Liechtenstein erreichte Rekordausmass

In den letzten zwei Tagen fielen rund 40 cm Neuschnee, so viel wie noch selten!

(Mad) - Die von Sonntag früh bis gestern abend anhaltenden Schneefälle in Liechtenstein zählen nach Aussagen von Meteorologen zu den seit vielen Jahren intensivsten unseres Landes. Bis gestern abend wurden innerhalb von 36 Stunden rund 40 cm Neuschnee registriert: So viel wie noch selten zuvor! Auch gestern standen die Räumungssequipen pausenlos im Einsatz und sorgten damit für gute Fahrverhältnisse. So kam es denn auch erfreulicherweise zu keinen nennenswerten Unfällen.

Wie bereits im VOLKSBLATT von gestern berichtet, stand das Landesbauamt mit allen elf verfügbaren Räumungsfahrzeugen pausenlos im Einsatz, um den Schneemassen Herr zu werden. Auch auf Gemeindeebene wurde rund um die Uhr geräumt. Wie uns Franz Matt, Bauführer in Mauren erklärte, waren beispielsweise in Mauren vier Gemeindeangestellte, die von drei Räumungsfahrzeugen unterstützt wurden, mit dem Winterdienst beschäftigt. Nach Auskunft des Schaaner Bauführers Herbert Marxer standen in Schaan drei Personen rund um die Uhr

im Einsatz. Die Räumung erfolgte nach Schneeräumungsrichtlinien. So wurde der Schnee vorwiegend mit Pflügen geräumt. In den gestrigen Abendstunden wurde vermehrt auf Splitten umgestellt, währenddem der Einsatz von Streusalz aus Umweltschutzgründen auf das absolute Minimum beschränkt wurde. So wurde praktisch ausschliesslich nur auf sehr steilen Strassenabschnitten Salz gestreut.

In Schaan wurde zudem bereits im Verlauf des gestrigen Nachmittags damit begonnen, die Schneemassen vom Strassenrand und von den Trottoirs ins Industriegebiet abzutransportieren.

Keine Verkehrsunfälle

Weder seitens der Verkehrspolizei, noch seitens des Rettungsdienstes des Roten Kreuzes musste zu Verkehrsunfällen ausgerückt werden. Die liechtensteinische Bevölkerung scheint sich also recht gut mit den intensiven Schneefällen zurechtgefunden zu haben.

Zwar wurde auf den Strassen dank der disziplinierten Fahrweise der Automobilisten ein Verkehrschaos vermieden, dennoch zeigte man sich bei der Verkehrspolizei nicht ganz zufrieden. So mussten gestern nämlich etliche Automobilisten gebüsst werden, deren Autos nicht der Verkehrssicherheit entsprechend vom Schnee gereinigt waren. Gerade bei Schneetreiben und den schlechten Sichtverhältnissen sollte es im Interesse eines jeden Autofahrers liegen, weder sich, noch die anderen Verkehrsteilnehmer durch ein nur unzulänglich vom Schnee gereinigtes Fahrzeug - besonders die Heckpartie mit Rück- und Bremslicht und die Autoscheiben - zu gefährden.

Umsteigen auf das Postauto

Aufgrund der schwierigen Fahrverhältnisse liessen sich gestern nur wenige Automobilisten zum «Umsteigen» auf das Postauto bewegen. Gerade im Winter ist das Postauto eine gute Alternative zum Privatauto. Nicht umsonst werben unsere Postautos mit der Devise «Bei Eis und Schnee - fahr PTT»...

Streiks: Italiens Städte versanken im Chaos

Rom (spk/dpa) Ein nahezu totaler Streik im öffentlichen Nahverkehr Italiens hat die Grossstädte des Landes am Montag im Verkehrschaos versinken lassen. In Mailand und Rom waren die grossen Strassen der Innenstädte schon am Morgen verstopft durch Personenwagen, mit denen die Bürger zu ihren Arbeitsplätzen gelangen wollten. Auch viele Schüler erreichten die Schulen nicht.

Die grossen Gewerkschaftsverbände hatten die 150 000 Bediensteten des Nahverkehrs zum eintägigen Streik aufgerufen, um Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag zur besseren Organisation der Arbeit zu erzwingen, der Ende 1984 ausgelaufen ist. Busse, Stadt- und U-Bahnen sowie die Lagunenschiffe in Venedig und die Schiffe auf den Seen verkehrten nur vereinzelt. In den grossen Städten standen die Autos kilometerweit entlang den Zufahrtstrassen. Die Taxizentralen nahmen seit Sonntag nachmittag keine Bestellungen mehr an wegen der vielen Anfragen. Die Parkplätze waren überlaufen.

Der Streik im Nahverkehr ist nur der Auftakt einer Serie von Arbeitsniederlegungen im Verkehrsbereich Italiens, bei denen es meist um neue Tarifverträge geht. Am Mittwoch und Donnerstag sollen auch die Tankstellen geschlossen bleiben. Dieser Protest richtet sich gegen die geplante Liberalisierung des bisher staatlich festgelegten Benzinpreises. Ein Streik von Organisationen der Fluglotsen wird in dieser Woche auch den Luftverkehr stören.

Hausarreste aufgehoben

Seoul (spk/dpa) Mit der Aufhebung aller Hausarreste gegen Südkoreas Oppositionsführer und einem Gespräch des Staatspräsidenten Chun Doo Hwan mit den Führern der Regierungs- und der Oppositionsparteien hat sich am Montag die in den vergangenen Tagen bis zum Zerissen gespannte Lage in der Hauptstadt Seoul weitgehend beruhigt. Kim Dae Jung, der bekannteste Dissident, durfte nach zwölfstägiger strenger Bewachung sein Haus wieder verlassen. Er hatte am 12. Februar als einer der ersten eine Liste mit der Forderung nach einer Verfassungsänderung unterschrieben, um den Nachfolger Chuns nach Ablauf von dessen Amtszeit 1988 direkt vom Volk wählen zu lassen.

In der vergangenen Woche hatte die Regierung, um den von ihr als ungesetzlich bezeichneten Feldzug zu unterdrücken, zeitweise mehr als 200 Oppositionelle unter Hausarrest gestellt.

Washington fordert Marcos zum Rücktritt auf

Die USA bieten dem philippinischen Präsidenten Asyl an

Washington (AP) Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos ist am Montag von den Vereinigten Staaten offiziell zum Rücktritt aufgefordert worden. Der Pressesprecher des Weissen Hauses, Larry Speakes, erklärte, dass die Vereinigten Staaten bereit seien, dem in Bedrängnis geratenen Präsidenten und seinen Angehörigen Asyl zu gewähren. Die US-Luftwaffe hat am Montag 35 Kampfflugzeuge von einem philippinischen auf einen japanischen Stützpunkt verlegt.

In einer von Speakes verlesenen Erklärung heisst es: «Versuche, das Leben des derzeitigen Regimes gewaltsam zu verlängern, sind nutzlos. Eine Lösung der Krise kann nur durch einen friedlichen Übergang zu einer neuen Regierung erreicht werden.» In einem Fernsehinterview sagte er später: «Wir sind bereit, bei einem friedlichen Übergang zu helfen. Wir sind besonders zur Hilfe für einen alten Freund und Verbündeten bereit, doch zur Stunde haben wir noch kein Asylgesuch erhalten.» Speakes teilte mit, US-Präsident Ronald Reagan habe nicht persönlich mit Marcos gesprochen. Speakes sagte, amerikanische Regie-

rungsvertreter seien davon unterrichtet worden, dass Truppenteile, die dem hinter Marcos stehenden Stabschef General Fabian Ver ergeben seien, einen Angriff auf die rebellierenden Einheiten planten. In der Erklärung aus dem Weissen Haus

wurde an Marcos und alle Philippiner appelliert, auf Gewalt zu verzichten. Er wollte nicht bestätigen, dass Washington Marcos angeboten habe, an Bord eines amerikanischen Militärflugzeugs das Inselreich zu verlassen.



Präsident Marcos und Mitglieder seiner Familie während der zweiten Fernsehsendung aus seinem Amtssitz, dem Palais Malacanang: «Wir werden weder Malacanang, noch die Stadt, noch das Land aufgeben.»